



Niederschrift

über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 28/2003-08 am 04.02.2008 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Wilfried Wengler
Ausschussmitglied	Simone Brocks
"	Gudrun Hohn
stellv. Ausschussmitglied	Karin Honerlah (für AM Annette Marquis)
Ausschussmitglied	Gerhard Krambeer
stellv. Ausschussmitglied	Edda Lessing (für AM Hans-Detlev Bruhn)
Ausschussmitglied	Jörg Möhlenbrock
stellv. Ausschussmitglied	Horst Ostwald (für AM Hans-Joachim Werner)
Ausschussmitglied	Thea Rahl
"	Moiken Silberbauer
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast
	Gleichstellungsbeauftragte Annegret Horn
	Anja Riemer
	Angela Klimpel
	Lars Möller als Protokollführer

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 27/2003 – 2008 am 05.11.2007**
- 3. Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen**
 - a) Elternbefragung**
 - b) Antrag der CDU-Fraktion**
 - c) Antrag der SPD-Fraktion**
 - d) Antrag der WHU-Fraktion**
- 4. Betriebskindertagesstätte**
- 5. Grundsatzbeschluss über die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Grundschule Ulzburg**
- 6. Englisch für die 1.- und 2.-Klässler an Grundschulen**



- 7. Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen in Henstedt-Ulzburg**
 - a) Vereinbarung gemäß § 5 Abs. 6 Satz 2 Kindertagesstättengesetz sowie § 41 Abs. 3 Schulgesetz**
 - b) Einstellung von „Kooperationserziehern/innen“ nach dem Quickborner Modell – Antrag der SPD-Fraktion -**

- 8. Bericht über finanzielle Zuwendungen zu Bildungs- und Betreuungsangeboten 2003 – 2007 – Antrag der CDU-Fraktion –**

- 9. Nutzung des Kunstrasenplatzes an der Grundschule Rhen – Antrag Herr Hoffmann (FDP) -**

- 10. Unterrichtungen / Anfragen**
 - a) Bildung eines „Runden Tisches“ zum Thema Treffpunkte für Jugendliche**
 - b) Anbau Kindergarten Moorweg**
 - c) Einrichtung einer Kinderkrippe in der Kindertageseinrichtung Theodor-Storm-Straße**
 - d) Sport-/Bewegungskindergarten**
 - e) Mittagsverpflegung in den Kindertageseinrichtungen**
 - f) Mittagsverpflegung an der Offenen Ganztagschule**
 - g) Einrichtung eines Raumes im Schulzentrum für Kurse der Kreismusikschule**
 - h) Projekt „Versuch macht klug“ im Kindergarten Kranichstraße**

- 11. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

- 12. Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg –nicht öffentlich–**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Auf Anfrage von Frau Röhling, wohnhaft Virchowring 25, erklärt Bürgermeister Dornquast, der Kultur- und Jugendausschuss habe in seiner Sitzung am 01.10.2007 die Umsetzung der Schulhoferweiterung an der Schule am Beckersberg zurückgestellt, bis die Entscheidungen über die Einführung der Schularten nach der Schulgesetznovelle 2007 getroffen worden sind.

Herr Schäfer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Sachen Schulbuskosten und möchte zudem wissen, wie mit den etwaigen Mehreinnahmen verfahren wird. Herr Wengler erklärt, das Land habe die verpflichtende Regelung zur Elternbeteiligung im Schulgesetz rückwirkend ab dem Schuljahr 2007/08 in eine Kann-Regelung umgewandelt. Bürgermeister Dornquast ergänzt, die bereits gezahlten Beiträge müssen erstattet werden, soweit nicht durch die Wiederherstellung der früheren Regelung zur Elternbeteiligung eine Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe bestanden hat. Genaueres hierzu werde in der kommenden Sitzung folgen. Die Schulen können unabhängig von der Neuregelung mit der angekündigten finanziellen Förderung von Schulprojekten rechnen.



Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses 27/2003-2008 am 05.11.2007“

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Einführung von Regional- bzw. Gemeinschaftsschulen“

Frau Lessing bittet um Erläuterung der Anlage 1 zur Verwaltungsvorlage. Herr Möller erklärt, die Übersicht sei als Ergänzung zu den Auswertungen zu verstehen, welche den Fraktionen mit Schreiben vom 21.12.2007 übersandt worden sind. Die Tabelle zeige die Gewichtung der von den Eltern gewählten Kombinationen. So sei beispielsweise ausgewertet worden, wie viele Eltern sich bei den möglichen Empfehlungen für die weiterführenden Schularten für eine Kombination aus Gemeinschaftsschule und Gymnasium oder aus Regionalschule und Gymnasium entscheiden würden.

Frau Honerlah erkundigt sich nach der theoretischen Möglichkeit, das Gymnasium mit der Gemeinschaftsschule unter einem Dach zu führen. Herr Wengler bejaht dies, betont jedoch, eine organisatorische Zusammenlegung unter einer gemeinsamen Schulleitung schließe das Schulgesetz in seiner aktuellen Fassung aus.

Herr Ostwald erklärt, die Schulelternbeiräte des Kreises Segeberg haben ein Schreiben zu den neuen Schularten verfasst. Der Inhalt solle bei der Entscheidung in Henstedt-Ulzburg berücksichtigt werden. Er empfiehlt daher, die Abstimmung über die Schularten zu vertagen.

Frau Lessing ergänzt, dass vor einer abschließenden Entscheidung auch die Leitungen der Grundschulen gehört werden sollen.

Frau Brocks erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und betont, das Gymnasium müsse voll erhalten bleiben, daneben solle es eine Gemeinschafts- und eine Regionalschule geben, beide als Ganztagschule. Eine Oberstufe an der Gemeinschaftsschule sei an eine Vielzahl von Voraussetzungen gebunden und komme infolgedessen für Henstedt-Ulzburg nicht in Betracht.

Frau Honerlah erklärt, die WHU-Fraktion setze sich ebenfalls für den Erhalt des Alstergymnasiums ein. Eine gymnasiale Oberstufe für die von der WHU favorisierte Gemeinschaftsschule komme für sie nicht in Betracht, da eine Oberstufe voraussichtlich nicht genehmigungsfähig sei. Die Politik müsse vor einer endgültigen Entscheidung die Meinung aller Schulleitungen hören.

Herr Schlömann fordert die Ausschussmitglieder auf, die Entscheidung über die Einführung der Schularten nach der Kommunalwahl zu treffen. Es bestehe noch erheblicher Diskussionsbedarf. Er stellt den Antrag, die Entscheidung daher bis nach der Wahl zu vertagen.

Bürgermeister Dornquast berichtet, bei dem Gespräch zwischen Verwaltung, Schulleitungen und Fraktionen im Januar des Jahres habe Übereinstimmung darin bestanden,



eine zügige Entscheidung im Interesse der Eltern anzustreben. Die Umsetzung der Entscheidung solle jedoch erst ab dem Schuljahr 2010/11 getroffen werden. Die Verwaltung könne jedoch nicht für alle möglichen Kombinationen von Schularten in Henstedt-Ulzburg Raumpläne und Kostenschätzen erstellen, dies sprengte den Rahmen des Machbaren. Ein Grundsatzbeschluss durch die politischen Gremien sei daher erforderlich.

Frau Honerlah lehnt eine Grundsatzentscheidung für ihre Fraktion mit Hinweis auf den erheblichen Beratungsbedarf ab.

Herr Ostwald lehnt einen Grundsatzbeschluss ebenfalls ab. Fraktionsübergreifende Einigkeit herrsche gegenwärtig lediglich darin, die Realschule Rhen zu einer Gemeinschaftsschule umzuwandeln.

Frau Brocks erwidert, eine Regionalschule sei bereits aus pädagogischen Gesichtspunkten unverzichtbar. Sie fordert ein breites Spektrum an Schularten. Herr Wengler ergänzt, es habe ausreichend Informationsveranstaltungen gegeben, im Übrigen sei aus der Elternumfrage ersichtlich, dass neben der Gemeinschaftsschule von den Eltern auch eine Regionalschule gewünscht werde.

Frau Honerlah erklärt, denkbar sei auch, die Realschule Rhen und die Schule am Beckersberg zu einer Gemeinschaftsschule zusammen zu legen.

Herr Hoffmann äußert, es dürfe keine Grundsatzentscheidung getroffen werden, solange Bedenken bestehen und damit auch Beratungsbedarf.

Herr Wengler unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

Zur Sitzung am 03.03.2008 werden die Schulleitungen aller Schulen in Henstedt-Ulzburg eingeladen und um Stellungnahme gebeten. Am 15.04.2008 findet eine Sondersitzung des Kultur- und Jugendausschusses statt, in der dann eine Entscheidung angestrebt wird.

Herr Ostwald unterstreicht, es dürfe unmittelbar nach der Anhörung der Schulleitungen am 03.03.2008 noch kein Grundsatzbeschluss gefasst werden, sondern frühestens in der Sitzung am 15.04.2008.

Über den Vorschlag von Herrn Wengler besteht Einvernehmen. Ebenfalls sind sich die Ausschussmitglieder einig, am 15.04.2008 auch den Antrag von Herrn Schlömann zu behandeln.

Auf Anfrage von Herrn Ostwald sagt Bürgermeister Dornquast zu, den Fraktionen das Protokoll des Schulleitergesprächs auszuhändigen.

Auf Anfrage von Frau Hohn teilt Herr Wengler mit, der genannte Brief des Kreiselternebeirates sei an die Ausschussmitglieder verteilt worden.



Zu Punkt 4 der Tagesordnung: **„Betriebskindertagesstätte“**

Bürgermeister Dornquast erläutert die Beratungsvorlage. Er macht deutlich, dass ein Grundsatzbeschluss in dieser Angelegenheit nötig sei, damit die betreffenden Räumlichkeiten von der Verwaltung angemietet und damit für das Vorhaben gesichert werden könnten.

Herr Möhlenbrock erklärt, ein Betriebskindergarten sei von den Betrieben einzurichten. Er fragt, ob überhaupt ein entsprechender Bedarf bestehe und ob nach Inbetriebnahme der Grundschule Ulzburg-Süd nicht noch Kapazitäten in der Grundschule Ulzburg frei würden.

Bürgermeister Dornquast antwortet, die Kapazitäten in der Grundschule Ulzburg seien bereits vergeben.

Frau Honerlah begrüßt die Idee grundsätzlich, sieht jedoch keine Veranlassung, Räumlichkeiten anzumieten, ohne zuvor den konkreten Bedarf zu kennen.

Herr Möhlenbrock ergänzt, er finde die Anmietung von Räumlichkeiten ohne Bedarfsprüfung ebenfalls verwunderlich und fragt, ob eine Beteiligung der Unternehmen vorgesehen sei.

Herr Hoffmann bezeichnet die Idee, eine Anmietung vor einer Bedarfsprüfung anzustreben, als merkwürdig. Grundsätzlich halte er einen Betriebskindergarten jedoch für sinnvoll. Sofern in den nächsten Wochen ein konkreter Bedarf nach Gesprächen mit interessierten Unternehmen nachgewiesen ist, werde sich ein geeignetes Gebäude finden.

Herr Süme möchte wissen, welchen finanziellen Aufwand eine Anmietung bedeuten würde und ob die beteiligten Betriebe im Falle einer Realisierung auf feste Kontingente zurückgreifen könnten.

Frau Rahl fügt hinzu, es müsse auch an die Kosten für das Inventar gedacht werden und fragt diesbezüglich nach dem Kostenträger.

Bürgermeister Dornquast erläutert nochmals die Notwendigkeit eines Betriebskindergartens. Er sei für Kinder von Pendlern vorgesehen, die außerhalb Henstedt-Ulzburgs wohnen und z. B. im Gewerbegebiet zur Arbeit gehen. Ein Pendler, der sein Kind am Wohnort betreuen lässt, benötigt bei einem Anfahrtsweg von einer halben Stunde täglich eine Stunde mehr Betreuungszeit in der Kindertagesstätte.

Er betont weiter, der Ausschuss solle zunächst nur eine Grundsatzentscheidung treffen, damit die Immobilie für 6 Monate angemietet werden könne. Die Monatsmiete betrage bei einer Grundfläche von 200 m² und einer Flächenmiete von 5,- €/m² pro Monat insgesamt 1.000 €. Mithin entstünde ein Verlust in Höhe von 6.000 €, wenn der Mietvertrag nach einem halben Jahr aufgelöst wird, weil der Betriebskindergarten nicht eingerichtet wird. Er bezweifelt, dass zu einem späteren Zeitpunkt noch ein geeignetes Gebäude zur Verfügung stehen wird.



Auf Anfrage von Frau Honerlah teilt Bürgermeister Dornquast mit, der Kindergartenbedarfsplan des Kreises treffe über Betriebskindergärten keine Aussage.

Herr Ostwald erklärt, die SPD-Fraktion halte das Konzept für gut, stimme einer Anmietung aus dem Stehgreif aber nicht zu.

Auf Vorschlag von Herrn Wengler einigen sich die Ausschussmitglieder, lediglich über Punkt 3 des Beschlussvorschlags der Verwaltung abzustimmen.

Beschluss: **Für die Einrichtung eines Betriebskindergartens ist in Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden eine Konzeption zu erarbeiten.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Grundsatzbeschluss über die Einrichtung einer Kindertagesstätte in der Grundschule Ulzburg“

Bürgermeister Dornquast erläutert die zu diesem Tagesordnungspunkt erarbeitete Verwaltungsvorlage. Er teilt mit, es erfolgten zu gegebener Zeit Abstimmungsgespräche mit der Grundschulleitung. Der Hofbau biete für die Kindertagesstätte ausreichend Spielfläche, und die Räumlichkeiten seien ebenfalls für eine entsprechende Unterbringung geeignet.

Frau Silberbauer erkundigt sich, warum Diakonie und Kinderschutzbund weiterhin ihren Standort in der Grundschule haben sollen.

Bürgermeister Dornquast hält eine entsprechende Unterbringung nicht für zwingend, aber für ideal, da eine Verlegung an einen anderen Standort neue Anlaufschwierigkeiten mit sich bringen würden. Auf Anfrage von Frau Brocks fügt er hinzu, die Schulleitung habe den Planungen bereits zugestimmt. Auch die Frage von Frau Lessing, ob der Kindergarten als so genannter Sport- bzw. Bewegungskindergarten geführt werden könne, wird bejaht.

Herr Wengler schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10d – „Unterrichtungen/Anfragen - Sport-/Bewegungskindergarten“ an dieser Stelle vorzuziehen und mit zu beraten. Bürgermeister Dornquast erläutert daraufhin die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 10d. Die Trägerschaft könne bei der Gemeinde oder den Sportvereinen liegen. Die anstehende Fusion der drei daran beteiligten Sportvereine in Henstedt-Ulzburg müsse jedoch erst abgewartet werden.

Herr Wengler fragt nach, ob bei einer Unterbringung des Kindergartens die 3-Zügigkeit der Grundschule noch gewährleistet sei. Bürgermeister Dornquast bestätigt, die 3-Zügigkeit der Grundschule sei Planungsvoraussetzung. Das Raumprogramm der Grundschule Ulzburg sei dabei der Maßstab. *Auf Anfrage von Frau Honerlah sollen die Bestandspläne der Räumlichkeiten in der Grundschule Ulzburg dem Protokoll beigelegt werden. Die Pläne werden über eine externe Firma erstellt und vervielfältigt und sind daher nicht bis zur Versendung des Protokolls fertig geworden. Die Zeichnungen werden schnellstmöglich nachgereicht.*



Beschluss: Der Kultur und Jugendausschuss beschließt, den Kindergarten Beckersberg I (Altbau) nach dem teilweisen Umzug der Klassen aus der Grundschule Ulzburg in die Grundschule Ulzburg-Süd in die dann frei werdenden Räume der Grundschule Ulzburg zu verlegen und dort mit dem Hort zur Kindertageseinrichtung Schulstraße zusammen zu fassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, neben dem Raumprogramm für die Grundschule Ulzburg auch ein Raumprogramm für die zukünftige KiTa Schulstraße zu erstellen und dabei die in der Vorlage genannten Punkte „Krippe“, „Sport- und Bewegungskindergarten – auch in den Räumen des FC Union Ulzburg“ und „Büro DKSB/ Diakonie“ zu berücksichtigen.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:
„Englisch für die 1.- und 2.-Klässler an Grundschulen“

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage durch Bürgermeister Dornquast teilt Herr Krambeer mit, die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu, wenn die Fortsetzung der verstärkten Bildungsarbeit auf zwei Jahre befristet und dann ein Zwischenbericht abgegeben würde. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend abgeändert.

Beschluss: Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt den Erfahrungsbericht zur Kenntnis.

Er beschließt, den Englischunterricht an Grundschulen im Rahmen der verstärkten Bildungsarbeit in den Horten wie bisher mit Hilfe der VHS für weitere zwei Jahre fortzusetzen. Für eine Fortsetzung darüber hinaus ist zu gg. Zeit ein Zwischenbericht zu erstellen und dem Ausschuss vorzulegen. Weiterhin sollen keine Elternbeiträge erhoben werden.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
„Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Schulen in Henstedt-Ulzburg

- a) Vereinbarung gem. § 5 (6) S. 2 KiTaG sowie § 41 (3) SchulG
- b) Einstellung von Kooperationserziehern/innen nach Quickborner Modell
Antrag der SPD-Fraktion“

Bürgermeister Dornquast erläutert zunächst zu Punkt a) der Beratungsvorlage.



Zu Punkt b) erläutert Frau Lessing den Antrag der SPD-Fraktion. Zur Eingewöhnung schwieriger Kinder an den Grundschulalltag werden in Quickborn in den ersten Klassen der Grundschulen Kooperationserzieher/innen eingesetzt.

Herr Wengler fragt an, ob es sich bei den genannten schwierigen Kindern um solche Kinder handelt, die bislang vom Schulbesuch zurückgestellt wurden. Hierbei handle es sich landesweit etwa um lediglich 800 Kinder.

Frau Rahl fragt ergänzend, wie der Einsatz von Kooperationserziehern von Fachleuten beurteilt wird.

Frau Lessing erklärt, die Leiterin der Grundschule Rhen, Frau Schulze, habe aus ihrer Zeit an einer Quickborner Grundschule bereits Erfahrungen mit dem Einsatz von Kooperationserziehern/innen gesammelt und könne in der nächsten Sitzung hierzu genauer Stellung nehmen. Ergänzend teilt Frau Lessing mit, die Kooperationserzieher/innen seien in Quickborn wöchentlich 4 Stunden pro 1. Klasse im Einsatz.

Herr Wengler schlägt vor, zu Teil b) der Vorlage den Beschluss zu fassen, die Leitungen von Grundschulen und Kindertagesstätten Henstedt-Ulzburgs sowie Frau Wiebe von der Kindertagesstätte Quickborn zu diesem Tagesordnungspunkt einzuladen.

- Beschluss:**
- a) **Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt die anliegend beigefügte Vereinbarung zur Kenntnis.**
 - b) **Zur Beratung in der Sitzung am 03.03.2008 wird die Verwaltung gebeten, die Leiterinnen der Grundschulen und der Kindertagesstätten in Henstedt-Ulzburg sowie Frau Wiebe von der KiTa Quickborn einzuladen.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Bericht über finanzielle Zuwendungen für Schulen und Kindergärten seit 2003 – Antrag der CDU-Fraktion“

Herr Schäfer kritisiert, die Ausschussmitglieder können die gewünschten Daten problemlos aus den bekannten Haushaltsplänen ablesen. Er stehe dem Antrag der CDU-Fraktion daher negativ gegenüber.

Der v. g. Antrag der CDU-Fraktion

**wird mit 10 Stimmen
bei 1 Gegenstimme (Herr Möhlenbrock)**

angenommen.



Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

„Nutzung des Kunstrasenfeldes an der Grundschule Rhen als Pausenaufenthaltsfläche – Antrag des fraktionslosen Gemeindevertreters, Herrn Holger Hoffmann“

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der FDP und verliest ein Schreiben von Herrn Eberhard.

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage der Verwaltung und erklärt, die bauausführende Fa. Weitzel habe gegenüber der Gemeinde stets eine Gewährleistung bei einer Nutzung des Kunstrasenfeldes als Pausenaufenthaltsfläche abgelehnt. Es sei allerdings möglich, dass die Schule die Sportstunde verlängert, wenn ein/e Sportlehrer/in die Benutzung des Feldes beaufsichtigt.

Darüber hinaus sei der Schulhof seinerzeit mit dem Einvernehmen aller Verantwortlichen finanziell sehr aufwendig umgestaltet worden. Damals sei bereits klar gewesen, dass dies zu einer Reduzierung der Schulhoffläche führen würde. Eine Nutzung des damaligen Grandplatzes sei dabei von der Gemeinde zu keiner Zeit genehmigt worden.

Frau Lessing erklärt, die Aufsicht müsse gewährleistet sein. Bei Verstößen gegen die Aufsichtspflicht liege die Haftung allein bei der Schule.

Frau Hohn unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Sie gibt zu berücksichtigen, dass die CDU-Fraktion schon 2004 aus den nunmehr diskutierten Gründen die Umgestaltung kritisiert habe.

Herr Hoffmann stellt klar, es gehe ihm nicht um eine allgemeine Nutzungserlaubnis für den Platz, sondern um die Möglichkeit einer Erweiterung.

Auf Anfrage von Herrn Ostwald teilt Bürgermeister Dornquast mit, die Fa. Weitzel habe mittlerweile geäußert, dass einer Gewährleistung nicht entgegensteht, wenn der Platz in den Pausen unter Aufsicht einer Lehrkraft für einen erweiterten Sportunterricht genutzt werde. Er schlägt daher eine entsprechende Beschlussfassung vor.

Herr Wengler fragt nach, ob die Übernahme der Gewährleistung durch die Fa. Weitzel sichergestellt sei. Bürgermeister Dornquast teilt mit, es liege ein entsprechendes Schreiben der Fa. Weitzel vor. Auf die Frage von Herrn Krambeer nach der Anzahl der Schüler, die dann in der Pause den Platz nutzen würden, teilt Frau Schulze mit, es würden sich maximal 30 Schüler auf dem Platz aufhalten. Die Aktivitäten seien als „Bewegungsunterricht“ einzustufen.

Herr Wengler schlägt vor, unter Zurückziehung des Antrags der FDP der Schule zu erlauben, den Kunstrasenplatz in den Unterrichtspausen bei einer maximalen Schülerzahl von 30 freizugeben, sofern der Platz ausschließlich mit Sportschuhen betreten wird und eine Aufsicht den Bereich überwacht.

Über diese Vorgehensweise besteht bei den Ausschussmitgliedern Einvernehmen.



Zu Punkt 10a der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Bildung eines „Runden Tisches“ zu den Themen Treffpunkte für Jugendliche in Henstedt-Ulzburg, Vandalismus u.a.

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Dornquast schlägt Herr Krambeer vor, HU-Marketing als Vertreter der Wirtschaft an dem runden Tisch zu beteiligen. Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass künftig 1 Vertreter von HU-Marketing zu den Sitzungen des Runden Tisches eingeladen wird.

Zu Punkt 10b der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Anbau Kindergarten Moorweg

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Frau Honerlah findet, das Gebäude des Kindergartens sei alt und nicht gerade hochwertig. Sie bezweifelt, dass sich die Investition angesichts der schlechten Bausubstanz insbesondere im Hinblick auf den hohen Energieverbrauch lohnt.

Bürgermeister Dornquast erklärt, die Bausubstanz des Kindergarten Moorweg sei erheblich besser als beispielsweise die des Kindergarten Beckersberg I. Das Gebäude im Moorweg sei als solides Gebäude für eine dauerhafte Nutzung vorgesehen worden, während Beckersberg I lediglich als Provisorium geplant worden sei. Er rechne noch mit einer langen Nutzungsdauer des Gebäudes im Moorweg.

Zu Punkt 10c der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Einrichtung einer Kinderkrippe in der Kindertagesstätte Theodor-Storm-Straße

Bürgermeister Dornquast erläutert die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und verliest einen Brief von Frau Schulze, Leiterin der Grundschule Rhen. Auf Anfrage von Herrn Wengler ergänzt er, die Fördermittel des Landes seien für das Haushaltsjahr 2009 zu erwarten, ebenso die Betriebskostenzuschüsse. Die Zuwendungen werden zu gegebener Zeit beantragt und abgefordert.

Zu Punkt 10d der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Sport-/Bewegungskindergarten

Vorgezogen auf Tagesordnungspunkt 4!



Zu Punkt 10e der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Mittagsverpflegung in den Kindertageseinrichtungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Anmerkungen der Ausschussmitglieder.

Zu Punkt 10f der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Mittagsverpflegung an der offenen Ganztagschule der Schule am Beckersberg

Frau Silberbauer merkt zu der Beratungsvorlage an, am Mittwoch werden nicht 22 Essen, sondern insgesamt 40 Essen ausgegeben. *Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass neben den in der Vorlage genannten durchschnittlich 22 Mahlzeiten weitere 10 an die Schüler/innen ausgegeben werden, die an der Zubereitung im Rahmen des Hauswirtschaftsunterrichts teilnehmen. Damit liegt die durchschnittliche Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten mittwochs tatsächlich bei 32.*

Zu Punkt 10g der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Einrichtung eines Raumes im Schulzentrum für Kurse der Kreismusikschule

Nach kurzer Erläuterung der Vorlage teilt Bürgermeister Dornquast auf Nachfrage von Frau Lessing mit, der Umbau sei mit den betroffenen Schulen abgestimmt.

Zu Punkt 10h der Tagesordnung:
„Unterrichtungen/Anfragen“

Projekt „Versuch macht klug“ im Kindergarten Kranichstraße

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Dornquast ergeben sich keine weiteren Anmerkungen und Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Weitere Anfragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Süme berichtet über den aktuellen Stand der Partnerschaft mit der britischen Gemeinde Waterlooville. Im Oktober 2007 sei eine Delegation in Waterlooville gewesen, einen Monat später habe man eine Delegation aus Waterlooville in Henstedt-Ulzburg empfangen. Die Resonanz sei beiderseits positiv gewesen. Am 11.02.2008 werde in Waterlooville – parallel zur Hauptausschusssitzung in Henstedt-Ulzburg – eine Entscheidung getroffen. Voraussichtlich am 29.05.2008 werde erneut eine Delegation aus Waterlooville zur Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags nach Henstedt-Ulzburg kommen. Im Anschluss sei vom 30.05. bis 01.06.2008 die gemeinsame Teilnahme am Europatag auf Usedom vorgesehen.



Auf Anfrage von Herrn Wengler wird zu Protokoll mitgeteilt, dass der Gemeinde durch die Partnerschaftsanbahnung bislang Kosten in Höhe von 3.630,75 € entstanden sind.

- Frau Honerlah berichtet von einem muffigen Geruch im Kindergarten am Moorweg und bittet diesbezüglich um Klärung.

Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass es in dieser Kindertagesstätte vor ca. 3 Jahren zu Geruchsbelästigungen kam. Als Ursache konnten damals durchnässte Kleidungsstücke ausfindig gemacht werden, die an der Garderobe aufgehängt wurden. Außerdem wurden gelegentlich nasse Feudel und Putztücher von den Reinigungskräften im Eingangsbereich gelagert. Hierdurch konnte bereits beim Betreten des Eingangsbereichs ein muffiger Geruch festgestellt werden. An der Bausubstanz wurden jedoch keinerlei Schäden entdeckt, die zu einer Geruchsbelästigung durch Feuchtigkeit hätten führen können.

Es ist zu vermuten, dass der von Frau Honerlah festgestellte Geruch erneut durch feuchte Textilien hervorgerufen wurde, die zeitweise in der Nähe des Eingangsbereichs aufbewahrt worden sind. Diesbezügliche Beschwerden sind im Kindergarten allerdings nicht bekannt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Herr Iversen teilt mit, er habe eine Anfrage von einer Rhener Bürgerin erhalten, deren Kind als Integrationskind die Realschule im Schulzentrum besucht, da die Realschule Rhen für eine entsprechende Unterbringung derzeit keine Möglichkeit habe. Zur Tragung der Kosten der Schülerbeförderung seien die Eltern in vollem Umfang herangezogen worden.

Zu Protokoll wird diesbezüglich mitgeteilt, dass nach der aktuell gültigen Satzung des Kreises Segeberg eine Minderung des Eigenanteils nur bei Bezug von Fürsorgeleistungen zum Lebensunterhalt oder in sonstigen Härtefällen möglich ist. Die Verwaltung hat im Gespräch mit der Realschule erfahren, dass das betreffende Kind zwar in einer Integrationsklasse unterrichtet wird, aber tatsächlich kein Integrationskind ist. Insoweit wird die Frage nach dem Vorliegen eines Härtefalls, der eine Reduzierung des Eigenanteils rechtfertigen würde, in diesem Fall verneint. Die Erhebung der Eigenbeteiligung für beide Kinder war somit rechters.

Die Eltern des betreffenden Kindes sind bereits an die Verwaltung herangetreten. Sie erhalten ein entsprechendes Antwortschreiben.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

„Vereinsgrundstücke in Henstedt-Ulzburg“

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.



Im Anschluss an die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Wengler die Öffentlichkeit wieder her. Sodann schließt er die Sitzung.

gez. Wilfried Wengler
(Ausschussvorsitzender)

gez. Lars Möller
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)